Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 17,700.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 264. Donnerstag den 21. September 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Wohnungs-Vermiethung.

In dem **2. Stockwerk** des der Stadtgemeinde gehörigen Hauses **Salzgäßchen Nr. 1** soll eine aus **6 Stuben, 1 Alkoven, 4 Kammern** und sonstigem **Zubehör** bestehende, mit **Wasserleitung versehene Wohnung vom 1. October d. J.** an gegen **einhalbjährliche Kündigung anderweit vermiethet** werden.

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 17, entgegengenommen, auch können ebendaselbst die Vermiethungsbedingungen und das Inventarium der zu vermiethenden Wohnung eingesehen werden.

Leipzig, den 19. September 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stötz.

Vermiethung.

Ein in dem **Hausflur** des der Stadtgemeinde gehörigen Hausgrundstückes **Reichsstraße Nr. 51** befindlicher **Verkaufsstand** soll auf die Zeit **während der hiesigen Messen** gegen **einhalbjährliche Kündigung sofort anderweit vermiethet** werden und sind Miethgesuche auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 17, anzubringen. Auch können ebendaselbst die Vermiethungsbedingungen und das Inventarium des zu vermiethenden Hausstandes eingesehen werden.

Leipzig, am 19. September 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stötz.

Die Geschäfte unserer **Schulgelder-Einnahme** werden am

Sonnabend, den 23. dieses Monats,

wegen Reinigung der Locale ausgesetzt.

Leipzig, den 18. September 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi.

In genauer Nachachtung bringen wir hierdurch die Vorschriften:

daß jeder ankommende Fremde, welcher hier übernachtet, am Tage seiner Ankunft, und wenn diese erst in den Abendstunden erfolgt, am anderen Tage Vormittags von seinem Wirthe bei unserem Meldeamte (Abtheilung für Fremdenverkehr), Reichsstraße Nr. 53/54, anzumelden ist, diejenigen Fremden aber, welche länger als drei Tage hier sich aufhalten, Anmeldeschein zu lösen haben,

in Erinnerung und bemerken, daß Vernachlässigungen derselben mit einer Geldbuße bis zu 15 Mark oder verhältnißmäßiger Haftstrafe geahndet werden würden.

Leipzig, am 17. September 1882.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
J. V.
Junck, Pol.-Rath. Taegner, S.

Bekanntmachung.

Auf dem Hofe des Postgebäudes am Augustusplatze hierselbst werden **Freitag, den 22. September, Vormittags 8 Uhr,** verschiedene aus dem Abbruche gewonnene Fenster und Thüren, 8 Haufen Holzabfälle, 1 gußeiserne Säule, eine Partie altes Eisen, sowie 5 Regale, 2 Tische, 8 eiserne Briefkasten, eine Partie Eisengewichte, eine größere Anzahl alter Ledertaschen und verschiedene alte Holztheile unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen gegen sofortige Bezahlung an die Meistbietenden versteigert.

Leipzig, 18. September 1882.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Bekanntmachung.

Vom 21. d. M. an befinden sich

die Annahme von Postanweisungen und die Annahme von Geldbriefen und kleinen Werthpacketen

im Erdgeschosse des Hauptgebäudes, Eingang vom Grimmaischen Steinweg, Hofseite links.

Kaiserliches Postamt 1 (Augustusplatz).
Bodel.

Veterinärklinik der Universität.

Der approbirte Thierarzt Herr **G. Uhlig** ist vom 20. September cur. an als **Assistent** an der **Veterinärklinik hiesiger Universität.**

Professor Dr. Zürn.

Freiwillige Versteigerung.

Erbtheilungshalber soll das zu dem Nachlasse des Bildhauers **Carl August Hanptmann** gehörige Hausgrundstück Nr. 2 der Kleinen Plauenschen Gasse hier, Nr. 540, Abtheilung C des Brandkatasters und Fol. 383 des Grund- und Hypotheken-Buchs des vormaligen Königlichen Stadtgerichts zu Dresden im Wege der freiwilligen öffentlichen Versteigerung verkauft werden. Kauflustige werden daher aufgefordert,

Sonnabend, den 23. September 1882, 10 Uhr Vormittags

an hiesiger Gerichtsstelle (Kampesche Straße 19b, 2. Etage) sich einzufinden, ihre Gebote abzugeben und des Weiteren gewärtig zu sein.

Eine Abschrift der Versteigerungsbedingungen ist dem Anschlage am Gerichtsbrett beigefügt.

Dresden, den 11. August 1882.

Königliches Amtsgericht daselbst, Abtheilung IIIa, A.
Schweinitz. K.

Nichtamtlicher Theil.

Englands neue Eroberung.

Mit der klaglichen Niederlage Arabi's hat sich der egyptische Krieg mit überraschender Schnelligkeit entschieden; das Nilland ist in Englands Hand, darüber kann nicht mehr gestritten werden. Sollten noch verstreute Haufen und einzelne Besatzungen Widerstand leisten, so kann das von keinem Einfluß mehr auf die Gestaltung der gesammten militairischen und politischen Lage sein; Egypten ist „occupirt" und wird auch sehr bald „pacificirt" sein. Aber damit sind alle die Fragen, die sich an das Schicksal des einstigen Vicekönigslandes knüpfen, nur in ein anderes Stadium getreten, jedoch nicht entschieden.

Wird Egypten einfach eine englische Provinz werden, bestimmt, den größten Theil des Ertrages ihrer Arbeit zur Verherrlichung Alt-Englands zu verwenden? Soll es dem Egyptern nun gehen wie den Indiern und Südafrikanern, oder sollen die Egypter selbstständiger bleiben? Das Schicksal des Khedive dürfte aber besiegelt sein. Wenn das stolze England ihm viel gewähren will, so wird es ihm eine Schatten-Existenz gewähren, wie jenen ostindischen Fürsten und Häuptlingen, die noch lange existirten, nachdem die Selbstständigkeit des Hinduvolkes den britischen Waffen erlegen, sein Reichthum ein Raub der nimmersatten englischen Verwaltung geworden war.

England hat, als es in Egypten einschritt, die Zusicherung gegeben, daß die endgiltige Ordnung der egyptischen Zustände nicht durch England allein, sondern im Einverständniß mit den europäischen Mächten geschehen solle. Daß diese Zusicherung sehr wenig zu bedeuten hat, liegt auf der Hand. Wenn England sie aufrichtig einhalten will, dann nur hat sie Werth; wenn aber nicht, wer soll der Zusicherung Werth verschaffen?

Man weiß, daß die Engländer sehr gern Interventionspolitik treiben, aber auch gern selbstständig handeln. Schon die Art, wie der egyptische Feldzug eröffnet wurde, hatte einen Zug an sich, der immer zu verkünden schien: „Wir hätten doch angegriffen, ob nun die Mächte damit einverstanden waren oder nicht." Wenn man übersieht, was England sich Alles schon erlaubt hat — man denke nur an den brutalen Ueberfall von Kopenhagen 1807 — so wird diese sehr speculativ angelegte Nation auch in Egypten wenig Umstände machen. Wenn Verwaltung und Regierung des Landes in englische Hände kommen, dann dürfte sich das Verhältniß schwerlich anders gestalten, als daß Egypten eben eine englische Provinz oder Colonie würde.

Am wichtigsten ist natürlich die Suezcanalfrage. Der „Standard" meint, so gut England an allen Völkerstraßen seine Castelle erbaut habe, so gut müsse es auch den Thorweg nach Indien durch Befestigungen für alle Zeiten in seine Gewalt bringen. Hoffentlich trägt sich John Bull nicht mit einem so thörichten Gedanken. Was England verlangen kann, ist Dies, daß allen Schiffen jederzeit die Durchfahrt durch den Canal offen stehe. Dagegen muß der Canal in dem Sinne neutralisirt werden, daß innerhalb desselben, sowie in seiner nächsten Umgebung Acte der Feindseligkeit auch im Kriege völkerrechtlich nicht gestattet sind. So erfordert es die Sicherheit dieser wichtigsten aller Völkerstraßen. Bisher hatte die Pforte formell das Recht, fremden Kriegsschiffen den Durchgang zu verwehren; dieses Recht wird vermuthlich fallen. Die Herren von Gibraltar, Malta, Cypern und Perim aber können praktisch natürlich im Kriegsfalle den Prisenweg für jede Flotte sperren, die der britischen nicht entschieden überlegen ist. Jedenfalls sollten alle Friedensfreunde dahin wirken, daß an dem egyptischen Feuer sich nicht ein Weltbrand entzünde.

Der arge Präcedenzfall, den Englands brutales Vorgehen für jede gierige Hand, welche in Zukunft ohne Kriegserklärung nach einer türkischen Provinz langen will, geschaffen, ist freilich nicht mehr hinwegzutilgen, und auch das ist nicht mehr zu ändern, daß die orientalische Frage uns in bedrohlicher Weise nähergerückt ist.

Die Schuld aber falle auf England! Man hat vielseitig mit großem Vertrauen die Ansicht ausgesprochen, England werde sicherlich nicht beanspruchen, allein die egyptische Frage zu regeln. Es ist uns nicht bekannt, daß sich die englischen Ansprüche jemals durch Bescheidenheit ausgezeichnet hätten. Vor allen Dingen werden die englischen Diplomaten nun bemüht sein, die Form zu finden, in der man Egypten wegescamotiren und für immer in englischen Besitz bringen, zugleich aber den Anschein erwecken kann, als sei dies der heißeste Wunsch des gesammten europäischen Concertes. Bei der Eröffnung des Feldzuges ist es den Engländern gelungen, so zu verfahren; wahrscheinlich gelingt es ihnen jetzt auch. Als ob England jemals ohne Noth ein occupirtes Land wieder losgelassen hätte! Der britische Moloch verschlingt eben Alles, was Gold und Beute verspricht. Das ist das Ideal, welches Albion bei der Handhabung seiner Colonialpolitik verfolgt und dem auch das heutige Egypten zum Opfer fallen wird.

Leipzig, 21. September 1882.

Ueber die parlamentarische Zeiteintheilung zwischen Reichstag und preußischen Landtag haben, wie uns mitgetheilt wird, Berathungen an den maßgebenden Stellen noch nicht stattgefunden. Da indessen der hauptsächlichste Zweck einer vor dem Wiederbeginn der Reichstagssitzungen, also zu Anfang November stattfindenden kurzen Landtagssession die Berathung eines neuen Verwendungsgesetzes gewesen, die Verlegung eines solchen aber wenigstens zu der angegebenen Zeit nicht mehr im Plane zu liegen scheint, so ist die Einberufung des Landtags im November höchst unwahrscheinlich geworden. Wir können nur wünschen, daß man auch über diese Dispositionen bald zu einem endgiltigen Beschluß kommt.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bringt den folgenden Artikel:

Am 23. September 1862 erfolgte die Berufung des damaligen Gesandten v. Bismarck-Schönhausen zum interimistischen Vorsitzenden des Staatsministeriums an Stelle des Ministers v. d. Heydt, worauf derselbe am 8. October ej. zum Präsidenten des Staatsministeriums und zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt wurde.

Zwei interessante Daten, welche die Geschichte aufbewahren wird: nicht nach der constitutionellen Gewohnheit, welche die Cabinete nach dem Tage ihrer Berufung unterscheidet, sondern weil sie den Anfang einer großen Epoche bezeichnen, welche unter schweren inneren und äußeren Kämpfen zu unserer nationalen Wiedergeburt und zur Wiederaufrichtung des deutschen Reiches führte: per aspera ad astra!

Welche Anstrengungen und welche Erfolge bilden den Inhalt dieser für das Leben des Menschen so langen, für das Leben der Nationen so kurzen Epoche von zwanzig Jahren, und welche Lehren für alle Zeiten in den Augen des großen Staatsmannes um diese Erfolge, die er nicht als reife Frucht vom Baume schütteln konnte, sondern, getragen allein von dem Vertrauen seines erhabenen Monarchen, mit der vollen Energie eines von einem großen Gedanken erfaßten Patrioten und mit der an Hilfsmitteln unerschöpflichen Kunst eines unvergleichlichen Politikers Schritt vor Schritt erobern mußte, selbst von Denen auf das Heftigste angefeindet, welche, nachdem er die staunende Welt mit seiner großen That überrascht hatte, nachträglich sich brüsteten, dasselbe gewollt zu haben, was er ausgeführt.

Es ist nicht immer die Bosheit, welche sich großen Plänen und Entwickelungen entgegenstellt; dieselben haben in der Regel einen noch schlimmeren Gegner in der Kurzsichtigkeit, welche das Werdende mit schonungsloser Kritik, die sich den Anschein geistiger Ueberlegenheit giebt, zu stören sucht und sich hinterher der verdienten Beschämung dadurch zu erwehren sucht, daß sie, ohne zu bedenken, welches Zeugniß sie sich selbst damit ausstellt, zu ihrer Rechtfertigung sagt: ja wenn wir gewußt hätten!

Wenn wir aber sagen, daß eine große Politik an der Kurzsichtigkeit einen noch schlimmeren Gegner habe, als an der offenkundigen Bosheit, so haben wir die so natürliche Ermüdung und den Ekel im Auge, von welchem jeder große schöpferische Geist weiß befallen werden könnte, wenn er außer mit den aus der Sache selbst sich ergebenden Schwierigkeiten, Schritt vor Schritt auch noch mit dem Unverstand zu kämpfen hat, welcher einen Theil der geistigen Kraft, welche vollinhaltlich den großen Absichten zugewendet bleiben sollte, für sich in Anspruch nimmt.

Glücklicherweise liegt kein Grund vor, einer solchen Hypothese die praktische Anwendung zu geben, und wenn Fürst Bismarck leider oft genug Veranlassung findet, auf die körperlichen Beschwerden hinzuweisen, welche ihm die Last der Geschäfte drückend machen, so ist er sich seiner geschichtlichen Mission und Verantwortlichkeit zu wohl bewußt, als daß er in den Ruhetagen, welche er sich gestellt: in der Consolidirung des deutschen Reichs, in welchem ganz Europa eine Garantie des europäischen Friedens schätzen gelernt, sich jemals durch Bosheit oder Unverstand ermüden lassen könnte.

Wenn wir aber heute an die beiden Gedenktage: den 23. September und 8. October 1862, erinnern, so geschieht dies in der Ueberzeugung, daß, wenn jemals — so in der zwanzigjährigen Geschichte des Ministeriums Bismarck die Gelegenheit wie die Aufforderung gegeben ist: die Erinnerung zum Prüfstein der Gegenwart zu machen.

Es giebt keine Partei, welche in diesen zwanzig Jahren nicht in die Lage gekommen wäre, einen jeweiligen Widerstand gegen die Politik Bismarck an einem reiferen Verständniß zu berichtigen — mit Ausschluß derjenigen Parteien etwa, welche, nur ihrer Doctrin anhangend, das Leben nach deren abstracten und unfruchtbaren Grundsätzen verrenken wollen — und diese Erfahrung sollte der deutschen Nation von bleibendem Werthe geworden sein, zu einer steten Mahnung, ihr Verhältniß zu dem leitenden Staatsmann nach den Erfahrungen dieser zwanzig Jahre vertrauensvoll zu bestimmen.

Wir geben den Artikel des „so unabhängigen Blattes" hier wieder, ohne auf die offenen und versteckten Angriffe, welche dasselbe enthält, ein Wort zu erwidern. Wir meinen aber, es wäre für die „N. A. Z." passender gewesen, wenigstens diese Gelegenheit sich entgehen zu lassen, um den Liberalen etwas am Zeuge zu flicken.

Der Papst hat eingewilligt, daß einige bisher dem Bischof von Mainz unterstellte preußische Pfarreien mit dem Bisthum Limburg vereinigt werden, indessen bleibt doch recht fraglich, ob Diejenigen im Recht sind, welche in diesem Arrangement ein Entgegenkommen der Curie sehen. Allerdings hat Preußen die Trennung gewünscht und in sofern hat sich der Papst gefällig erwiesen. Aber er zieht daraus den nicht zu unterschätzenden Vortheil, daß er im Falle einer Vacanz des Mainzer Bischofsstuhls fortan lediglich mit der großherzoglich hessischen Regierung und nicht mehr mit dem Einspruchsrecht der preußischen Regierung zu rechnen hat. In diesem Sinne wird es vielfach nicht einmal für zweckmäßig gehalten, daß Fürst Bismarck die Zugehörigkeit zum Bisthum Mainz aufgegeben hat, und es fehlt nicht an Stimmen, welche die gegenseitige staatliche Durchsetzung der Diöcesen (so u. A. im Erzbisthum Freiburg) für einen ganz ersprießlichen Zustand halten, insofern dadurch ein starker Einfluß der führenden deutschen Macht auf die Besetzung auch der außerpreußischen Bischofsstühle gewahrt bleibt.

Großes Aufsehen erregt das Eingehen eines conservativen Blattes in Lübeck, der „Nordischen Presse", und zwar hauptsächlich wegen der Gründe, welche die Besitzer des Blattes bewogen haben, von der weiteren Herausgabe abzustehen. In einer Erklärung an der Spitze des Blattes wird nämlich gesagt:

„In Anbetracht der jüngsten Vorkommnisse auf innerpolitischem Gebiete — Octroirung des §. 63 der Verfassung in dem bisher durch den eingeborenen Grundbesitz naturich vorzüglich verwalteten Herzogthum Lauenburg, vollständiges Regiren einer der von der conservativen Partei angestrebten wichtigsten Reformen auf wirthschaftlichem Gebiete durch die beiden in der „Provinzial-Correspondenz" letzterschienenen Artikel („Classensteuer" und „Mißverständnisse") und Wiederaufleben des Culturkampfes — ist die Mehrzahl der Actionaire der „Nordischen Presse" zu der Ueberzeugung gelangt, daß unter derartigen obwaltenden Umständen es einer unabhängig conservativen Zeitung versagt bleiben muß, fernerhin in gedeihlichem Zusammenwirken mit den sich zur conservativen Partei zählenden gouvernementalgesinnten Politikern für die Interessen der Partei und der Regierung weiterzustreben. Die Redaction kann nicht umhin, ihr tiefes Bedauern auszusprechen, daß die schwankende Haltung der Regierung, deren Unterstützung durch die „Nordische Presse" bisher in bereitwilligster Weise erfolgte und weiter erfolgt sein würde, wenn man in den maßgebenden gouvernementalen Kreisen die ehemals gefaßten, reformatorischen Beschlüsse unentwegt weiter ausgeführt und das Hauptaugenmerk auf die Wahrung der Interessen des Grundbesitzes, des Bauern-, Handwerker- und Arbeiterstandes weiter beibehalten hätte — abermals es überzeugungstreuen Männern zur Unmöglichkeit gemacht hat, jene traditionelle Unterstützung einer sich ihrer Ziele klar bewußten Regierung durch die conservativen Elemente eines Staates fortbestehen zu lassen."

Ein freiconservatives Blatt, die „Hallische Zeitung", bemerkt dazu: „Diese ganze Erklärung besagt, daß die „Nordische Presse" ein Blatt von der Gattung des „Reichsboten", also jener Species von conservativen Blättern gewesen ist, die mit einem Fuß im socialistischen Lager, mit dem andern auf halbultramontanem Standpunct stehen und durch ihr kopfloses Verhalten so wesentlich zur Discreditirung des Conservatismus beigetragen habe. Wenn ein solches Blatt von der Bildfläche verschwindet, werden ihm wohl wenige Thränen nachgeweint werden, im Gegentheil, da es erklären muß, daß es für die von ihm bisher vertretenen Ideen weder bei der Regierung Unterstützung, noch in den conservativen Kreisen der Bevölkerung einen geeigneten Boden findet, so scheint hier wie dort ein vielversprechender Wandel in den herrschenden Anschauungen eingetreten, die Erkenntniß erwacht zu sein, daß mit ausgesprochen staatssocialistischen Tendenzen und mit einer zuweit getriebenen Nachgiebigkeit an den Ultramontanismus weder den Interessen des Staates, noch denen der conservativen Sache gedient sein kann. Für die Position der Regierung und der conservativen Partei kann dies nur von wesentlichstem Vortheil sein."

Vor einiger Zeit ist berichtet worden, daß Geh. Rath Lothar Bucher seine Entlassung nachgesucht hat. Es ist nicht mehr zweifelhaft, daß der Austritt dieses hervorragenden diplomatischen Mitarbeiters des Reichskanzlers aus dem Auswärtigen Amte demnächst erfolgen wird, wenngleich die anläßlich des Abschiedsgesuches hier und da aufgetauchten Gerüchte, welche von Frictionen des Kanzlers auch mit diesem ihm so ergebenen Manne sprachen, grundlos waren. Bucher ist 65 Jahre alt und die Arbeit in unserem Auswärtigen Amte ist nicht von der ruhigen und beschaulichen Art, daß sie einem Beamten in solchen Jahren nicht den Wunsch nach dem Pensionszustande auch ohne jede „Friction" nahe legen sollte. Daß in Bucher der Verfasser einer Anzahl diplomatischer Schriftstücke von historischer Bedeutung aus dem Auswärtigen Amte scheiden wird, ist bekannt. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß über die glückliche Wahl, welche mit der Berufung des Grafen Hatzfeldt an die Spitze des Auswärtigen Amtes getroffen worden, unter den aus Erfahrung zu einem Urtheil darüber befähigten Personen nur eine Stimme ist.

Die „Nat.-Ztg." schreibt aus Berlin: Der „Magistrat hat in außerordentlicher Sitzung beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung die ganzen Verhandlungen über die Novelle zur Städteordnung und die Auflösung der Stadtverordnetenversammlung, namentlich auch das letzte Ministerialrescript vom 1. d. M. zur Kenntnißnahme zu übersenden. Damit wird nun auch der wichtige Bericht des Magistrats vom 11. Juli d. J., der alle rechtlichen und politischen Ausführungen des Magistrats gegen die beabsichtigte Auflösung enthält, bekannt werden. Der Magistrat wird dabei der Stadtverordnetenversammlung mittheilen, daß er beschlossen habe, das Tableau der Wahlbezirke aller drei Classen dem Oberpräsidenten, der getroffenen Anordnung entsprechend, nach erfolgter Aufstellung vorzulegen und zwar unter nochmaligem Hinweis auf seine in dem Bericht vom 11. Juli d. J. enthaltenen Ausführungen und Verwahrungen. Der Magistrat wird zugleich nunmehr die Sub-Commission einsetzen, welche die Wahlbezirke mit Rücksicht auf die übrigen Eintheilungen der Stadt, die historischen Stadttheile und namentlich auch die neue Stadtbezirke-Abgrenzung, abgrenzen soll."

Wie ein Telegramm aus München meldet, ist die große ultramontane Agitation, welche darauf ausging, die städtischen Simultanschulen zu entvölkern, trotz der Unterstützung, welche ihr das erzbischöfliche Schreiben angedeihen ließ, als gescheitert zu betrachten. 5200 Kinder, nur einige Hundert weniger als im Vorjahre, sind bereits für die Simultanschulen inscribirt und damit ist der Bestand sämmtlicher Classen aller fünf Simultanschulen vollständig gesichert.

Nach einer Depesche aus Triest ließ der Kaiser Franz Josef bei der am Dienstag stattgefundenen Inspectirung des Geschwaders Torpedomanöver und verschiedene andere Vereitelungs- und Kampfmanöver vornehmen und sprach sich über die Ausführung derselben sehr lobend aus. Vicеadmiral Pockh ist zum Admiral ernannt worden. Die Illumination der Stadt und des Hafens war prachtvoll, die Bevölkerung der Umgegend wetteifert mit der Stadt in Ovationen für die Majestäten und das kronprinzliche Paar. — Ueber das geplante Bombenattentat liegen heute neue Nachrichten nicht vor. Die „N. Fr. Pr." benutzt aber diese Veranlassung, um der italienischen Regierung einige Wahrheiten zu sagen. Das Blatt schreibt: „Wir wünschen sehnlich, daß es der italienischen Regierung gelingen möge, durch eine energische und unzweideutige That zu beweisen, daß sie die Mörderbande, welche Triest zum Object ihrer Heimsuchungen gemacht hat, ebenso als ihren Feind ansieht, wie Oesterreich, und daß es ihr ernst damit ist, die freundnachbarlichen Beziehungen aufrecht zu erhalten, die so sehr im Interesse der beiden Staaten gelegen sind. Aber dies müßte rasch geschehen. Denn von Tag zu Tag wächst bei uns die Macht jener Partei, welche den wahren Patriotismus darin erblickt, möglichst oft und nach allen Seiten hin die Faust zu zeigen, und diese Partei blickt seit lange mit mißgünstigen Augen auf den Greuel, daß Oesterreich, die katholische Macht, ein Freundschaftsverhältniß mit dem Staate unterhält, den sie des Raubes an dem Patrimonium Petri beschuldigt. Was aber Triest selbst betrifft, so glauben wir nicht, daß die Entdeckung von Ronchi Jene, welche beharrlich Ausnahmsmaßregeln für die Stadt fordern, der Erfüllung ihrer Wünsche näher gebracht hat. Solche Maßregeln zu ergreifen, hieße Triest dafür strafen, daß es das Opfer einer auswärtigen, feindseligen Propaganda geworden ist; hieße das Band wieder zerschneiden, welches durch die Ausstellung zwischen Triest und dem Reiche geknüpft wurde; hieße den Abscheu, der das Verbrechen hervorrief, durch die Erbitterung über eine Ungerechtigkeit seiner wohlthätigen Wirkung berauben. Triest wird ein österreichischer Hafen bleiben, ob die Herren Bomben-Attentäter es zugeben oder nicht, und da dem so ist, wäre es eine verfehlte Politik, durch ungerechtfertigte Strenge die Gemüther zu erbittern und zu erbittern. Die Ausstellung hat vor Augen geführt, was Triest für Oesterreich und was Oesterreich für Triest bedeutet, und wir glauben, das ist eine Ueberzeugung, welche auch durch Pulver und Dynamit nicht erschüttert werden kann."

In den Wiener Regierungskreisen nehmen die Dinge und Verhältnisse in den occupirten Provinzen und Dalmatien noch immer großes Interesse in Anspruch. Die Lösung der dortigen Verwickelungen scheint um so schwieriger und zeitraubender, weil, zumal in Dalmatien, die politisch-nationalen Parteiverhältnisse, mit denen die Regierung rechnen muß, sich merklich verschoben haben. Der von der Verfassungspartei so gefeierte dalmatische Autonomistenführer Bajamonti that seiner Zeit den Ausspruch: Serbi domani, Croati mai! (Serben wollen wir morgen werden, Kroaten niemals!). In Folge der später eingetretenen Verhältnisse wanderten Bajamonti und andere Italiener von Dalmatien nach Italien aus. In diesem Parteikampfe hat die Regierung noch immer nicht entschieden Stellung genommen. Die Kroaten sind den italienischen Küstenbewohnern Dalmatiens und den Serben gleich verhaßt. Im Hinblick auf diese Schwierigkeiten meint bereits ein hochofficiöses Wiener Blatt: „Will Oesterreich überhaupt im europäischen Orient etwas ausrichten, so muß es unter allen Umständen trachten, das serbische Element zu gewinnen." — Da der jüngst für die occupirten Provinzen ernannte „Civil-Adlatus", Herr v. Nikolitsch, Serbe von Geburt, griechisch-orthodoxer Religion und überdies ein Verwandter des Königs Milan ist, so scheint die Regierung sich wirklich dem serbischen Elemente nähern zu wollen.

Es hat mehrfach Aufsehen erregt, daß der internationale hygieinische Congreß zu Genf als nächsten Versammlungsort den Haag bestimmt hat, während die Berliner Ausstellung für Hygieine es nahe gelegt hätte, die deutsche Hauptstadt zum Congreß auszuwählen. An Versuchen der deutschen Theilnehmer an der Versammlung, eine Mehrheit für den letzteren Vorschlag zu gewinnen, hat es sicherlich